

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 90 Pf. monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Köln, den 7. Juni 1930

Erscheint vierzehntägig Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 12

Pfingstgeist

Unsere christlichen Feiertage haben alle einen tiefinnerlichen Sinn. Eines der sinnvollsten Feste ist wohl Pfingsten, der Tag, der einfache Fischer in Apostel Christi wandelte. Angstliche, bescheidene und zweifelnde Menschen wurden vom heiligen Geiste erfüllt, mit hinreißender Begeisterung redende Welterprediger. Eine einfache Magd konnte noch kurz vorher Petrus einschüchtern, jetzt war er der unerschrockene, mit heiliger Mut auftretende Führer. Unermüdet, mit kühnem Mute, lehrte er mit seinen Freunden öffentlich, was er kurz vorm noch verleugnete. So ist Pfingsten der Tag, an dem der Geist über menschliche Schwäche, das heilige Feuer über die finsternen Mächte triumphiert.

Pfingstgeist ist Apostelgeist!

An Pfingsten 1899, beim ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften, waren auch Apostel einer Idee verammelt. Der Idee der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung können nur mit wahren Apostelgeist erfüllte Menschen Schwung- und Durchschlagskraft geben. Heiliger Glaube und selbstloser Mut, begeisterte Überzeugungstreue und heiße Liebe, das sind die Merkmale des wahren Apostelgeistes.

Unsere Alten hatten diesen heroischen Geist; den Aposteln gleich standen sie gegen eine Welt von habgierigen und hohlnachenden Begnern. Unbeirrt gingen sie ihren Weg, folgten sie ihrem starken Glauben an die Wichtigkeit der im Christentum und in der Nation wurzelnden Grundzüge. Sie setzten sich durch. Das Wort von Mainz steht heute stark, achtunggebietend, festgefügt vor uns. Noch ist aber der Erfolg nicht vollständig. Das Entscheidende ist, daß wir die Welt mit unserer Idee durchdringen. Das ist die Aufgabe, die noch auf uns harret. Mit starker, gläubiger Überzeugung müssen wir Menschen von heute an diese hehre Aufgabe herantreten. Selbst an das Wort glauben, mit heißer Liebe für die Bewegung wirken, kann nur, wer sich selbst von der krassen „Schlucht“, dem Krebsübel unserer Zeit, befreit. Unter den zwölf Aposteln war ein Judas. Ein Mensch, den Habgier und Habgier zum Verräter machte. Apostelgeist dient nicht des Gewinnes wegen, sondern nur der Sache willen; wirkt aus selbstloser Hingabe und brennender Liebe zur Bewegung. Führer sein, heißt Diener sein. Drum — hüten wir uns vor materialistischem Geiste, wachen wir ängstlich über uns selbst und halten wir das heilige Feuer reiner, hingebender Liebe in uns wach. Das Wort allein genügt nicht. Die Mut der Begeisterung muß den ganzen Menschen erfüllen, nur dann wird auch der Fernstehende, der Laie, gepackt und erwärmt. Die erfolgreiche Werbung für unsere Idee, die Führung der Gewonnenen zu unsern hohen Zielen kann nur der Vollbringen, der auch die Kraft zur guten Tat hat. Der Apostel darf nicht nur predigen, er muß, was er predigt, praktisch vorleben!

Dazu gehört Mut! In unserer Welt steht Gutes und Edles tief im Kurs. Haß und Lüge, brutaler Egoismus drohen den christlichen Gemeinschaftsgedanken zu überwindern. Dennoch, entfalten wir offen unsere Fahnen! Mut und Überzeugung hat sich noch immer Achtung und Beachtung errungen. Dem Mutigen gehört die Welt — warum sollte sie nicht unser werden?

Pfingstgeist, Apostelgeist, hat eine Welt gewandelt. Auch wir wollen um den rechten Pfingstgeist bitten und mit apostolischem Eifer arbeiten für unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Lohnabbau

Von Edmund Kleinschmitt, Berlin.

In Deutschland steht das Jahr 1929 unter dem Zeichen einer schweren Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt des Jahres werden wir etwa 1,7 Millionen Arbeitslose haben. Es ist nun natürlich, daß alle Mittel reiflich erwogen werden müssen, die einige Aussicht bieten, diesen Zustand zu beseitigen.

Die Ursachen für die Arbeitslosigkeit in Deutschland aufzufinden, ist keine schwierige Arbeit. Die deutsche Wirtschaft teilt das Schicksal der wirtschaftlichen Depression zurzeit mit den meisten Industriestaaten der Welt. Eine Arbeitslosigkeit von 8 bis 10 v. H. der erwerbsfähigen Bevölkerung herrscht heute in den drei größten Industriestaaten der Welt, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und in Deutschland. In Japan sind die Verhältnisse wahrscheinlich noch schlimmer.

Um den Beschäftigungsgrad und die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft richtig beurteilen zu können, darf man jedoch nicht nur auf die Ziffern der Arbeitslosen sehen, d. h. jenen Bevölkerungsteil im Auge haben, der bereit wäre, zu arbeiten, aber keine Arbeit findet. Noch wichtiger ist es, zu fragen, wie viel Menschen gibt eine solche Volkswirtschaft trotz der Arbeitslosigkeit noch Brot und Einkommen im Vergleich zur Vorkriegszeit. Beurteilt man die deutsche Wirtschaftsleistung unter diesem Gesichtspunkt, so wird sofort ersichtlich, daß ein Pessimismus keine Berechtigung hat.

Im Jahre 1907 waren auf dem heutigen Reichsgebiet 25,1 Millionen oder 45,7 v. H. der Bevölkerung erwerbstätig. Bei der Volkszählung 1925 waren von 62,4 Millionen Einwohner 32 Millionen oder 51,3 v. H. erwerbstätig. Die Zahl der Erwerbstätigen hat also in dieser Zeit von 25 auf 32 Millionen zugenommen. Von 1925 bis 1930 ist diese Zahl auf mindestens 34 bis 34 1/2 Millionen angestiegen. Haben wir demnach in diesem Jahre durchschnittlich 1,7 Millionen Arbeitslose, so bedeutet das, daß die deutsche Wirtschaft jetzt in der schlimmsten Zeit einer internationalen Wirtschaftskrise annähernd 7 Millionen Menschen mehr Arbeit und Brot zu geben vermag als die blühende Wirtschaft vor dem Kriege. Dieser Drang nach Arbeit ist darum die eigentliche und tiefste Ursache der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Dieser große Drang nach Arbeit ist zu einem guten Teile eine Folge der großen Eigentumsvermehrung, die wir in der Inflation erlebt haben. Man hat gefehlt, daß mindestens 4,5 Millionen Menschen über den natürlichen Zuwachs der jüngeren Jahrgänge hinaus mehr arbeiten wollen bzw. müssen, als vor dem Kriege. Darunter fällt eine Zuwanderung von einer Million aus dem Ausland und abgetrennten Gebieten, eine halbe Million durch Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht, eine Million älterer Leute, die früher vom Vermögen leben konnten und 2 Millionen Frauen und Mädchen, die früher im Haushalt tätig gewesen waren und jetzt teils aus Not, teils aus dem Wunsche nach Selbstständigkeit im Erwerbsleben stehen. Der Grad der industriellen Erwerbstätigkeit ist in Deutschland zur Zeit größer als in irgendeinem ähnlichen Lande der Welt.

Allein dieser übermäßige Zustrom von Arbeitswilligen zum Arbeitsmarkt würde schon genügen, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland verständlich zu machen. Nehmen wir die besonderen Ursachen hinzu, die in den letzten Jahren wirksam geworden sind, so bekommen wir eine vollständige Diagnose des heutigen Wirtschaftsverlaufes, aus der wir die Kräfte und Mittel erkennen können, die bewußt gefördert zur Überwindung des Notstandes führen müssen.

Die gemeinsame Ursache der Arbeitslosigkeit in den meisten Industriestaaten ist zweifellos darin zu finden, daß sich der weltwirtschaftliche Wiederanpassungsprozeß der Volkswirtschaften und einzelnen Industriezweige an die veränderten Zustände der Nachkriegszeit noch nicht vollzogen hat. Große Störungen haben diese Anpassung verzögert.

Neben dieser Ursache und zum Teil aus ihr entstehend kommen Wirkungen von der Geldseite her. Nach der Stabilisierung der meisten Währungen hat ein Kampf

um die Goldvorräte eingeleitet, der dazu führte, daß die Diskontpolitik der meisten Notenbanken nicht in erster Linie unter Berücksichtigung der inneren nationalwirtschaftlichen Bedürfnisse gehandhabt werden kann, sondern im Zeichen des Kampfes um die Goldreserven stehen.

Eine Politik, die den wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgehen will, muß diese großen, hier ange deuteten Ursachentomplexe beeinflussen. Die Wirkungen einer solchen Arbeit werden sich nicht von heute auf morgen einstellen. Internationale Wirtschaftsdpressionen brauchen Zeit, um überwunden zu werden. Gefährlich sind jene Empfehlungen, die durch Lohnherabsetzungen in Deutschland die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen. Arbeit, so wird von diesen Kritikern behauptet, sei nichts anderes als eine Ware, deren Absatz mit steigendem Preise sinte. Die Lohnsenkungen der letzten Jahre hätten die Arbeit verteuert und damit ihren Absatz eingeschränkt, d. h. Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Lohnermäßigung komme immer dann in Betracht, so schreibt z. B. Prof. Dr. Schmidt in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 19. Mai, wenn eine Arbeitslosigkeit herrsche, die über den aus Stellenwechsel und Rationalisierungsumstellungen erklärlichen Stand hinausgehe. Mit der Lohnsenkung, die eine höhere Beschäftigung der Arbeitslosen mit sich bringe, müsse selbstverständlich auch die Preisentkung Hand in Hand gehen. Uns scheint der Lohnabbau als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die aus den oben beschriebenen Ursachen hervorgegangen ist, untauglich zu sein. Prof. Spiethoff, der bekannte Biograph im Handwörterbuch der Staatswissenschaften: „Billiger Rohstoff, Arbeitslohn und Zeitzins sind keine unbedingten Mittel für Kapitalanlage, wenn die Gewinnmöglichkeit fehlt. Immer wieder kann auf dieser Stufe (vor dem neuen Aufschwung) beobachtet werden, daß Sachgüter und Arbeitskraft um keinen noch so niedrigen Preis, Weiskapital um keinen noch so niedrigen Zins aufgedrängt werden können.“ Prof. Salz bestätigt diese Auffassung in der Abhandlung „Grundzüge einer Theorie vom Arbeitslohn“ (Aus: „Die Wirtschaftstheorie“ von Julius Springer, 1928), indem er feststellt: „Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ebenso wie die nach Brogetreide in starkem Maße unelastisch insofern, als eine Preissteigerung der Arbeit die Nachfrage nicht sehr einschränken, ein Preisabstosung nicht sehr anregen wird.“ — Auch die Praxis der Lohnbewegung in der Vorkriegszeit, sowohl in Deutschland wie in England hat bewiesen, daß Lohnsenkungen noch lange nicht die Voraussetzung für einen sofortigen Wiederaufstieg der Konjunktur darstellen.

Das ist auch theoretisch leicht einzusehen, denn jede Lohnsenkung vermindert erst einmal die noch mühsam erhaltene Kaufkraft der Verbraucher im Inland, schwächt die Nachfrage und macht die Unternehmer, die sich einem solchen schwindenden Absatz gegenübersehen, noch unternehmensunlustiger. Die aus einer Lohnsenkung hin versprochene allgemeine Preisentkung würde wahrscheinlich auch ausbleiben. Das sehen wir jetzt, wo in der deutschen Wirtschaft die Rohstoffpreise ungeheuer gefallen sind, und wo auch die Zinsen auf dem Geldmarkt, die für große Teile des Betriebskapitals Verbilligungen darstellen, erheblich nachgegeben haben. Preisermäßigungen der Fertigwaren sind trotzdem in nur sehr geringem Umfange erfolgt. Im Inlande würde Lohnsenkung zweifellos keine Absatzvermehrung bringen, und für die Ausfuhr wäre eine allgemeine Lohnsenkung in Deutschland wahrscheinlich noch gefährlicher. Vergessen wir nicht, daß unsere Ausfuhr einen sehr hohen Stand behauptet, und daß sie nach Volkswirtschaften geht, die auch Krisen haben. Lohnabbau in Deutschland wäre für diese Volkswirtschaften sicherlich das Signal für Zollserhöhungen auf der ganzen Linie, um sich gegen dieses „soziale Dumping“ Deutschlands zu schützen. Der hohe Stand unserer Ausfuhr zeigt aber auch an, daß wir die durch den internationalen Preisstand vorgezeichnete Linie der Preise, die man bekommen kann, nicht überschritten haben. Darum ist aber auch nicht damit zu rechnen, daß diese Preise infolge einer Lohnsenkung noch bedeutend fallen werden.

Wir stehen jetzt am Vorabend eines neuen Wirtschaftsausschwunges. Große Auslandsanleihen stehen uns bevor. Die Rückzahlung der kurzfristigen Schulden von Reich und Kommunen wird den Kapitalmarkt ebenfalls erleichtern. Jetzt heißt es, Kerben behalten und keine Maßnahmen treffen, die die Produktivität unserer Volkswirtschaft voraussichtlich erheblich schädigen würden. Das ist nämlich die größte Gefahr der Lohnsenkung, daß der Produktivitätsgrad der Arbeitskraft um so viel fällt, als die Lohnsenkung ausmachen würde. Wer es mit der deutschen Wirtschaft gut meint, der wird in der Lohnsenkung das schlechteste aller Mittel sehen zur Befestigung der Arbeitslosigkeit.

Gegen die Schwarzarbeit

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das im Streitberger Verlag, Leipzig-Pöhnke, erscheinende „Journal für Buchbinderei und Kartonnagenbetriebe“ in Heft 17 vom 23. April 1930 einen Artikel, der sich gegen die Schwarzarbeit richtet. Der Inhalt bezieht sich mit der Eingabe des Präsidiums des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschlands an die Reichsregierung, die sich zum mindesten gegen einige Abschnitte des Gesetzesentwurfes eines Arbeitsschutzgesetzes wendet.

In dieser Eingabe, die so recht den Geist selbstherrlichen Arbeitgeberturns atmet, wird zunächst bedauert, daß Arbeitgeber bestraft werden, wenn sie ihren Arbeiter länger als zulässig beschäftigen; während die Arbeitnehmer nicht bestraft würden, wenn sie über die höchst zulässige Dauer der Arbeitszeit hinaus arbeiten oder evtl. ihre Freizeit zu Schwarzarbeit benützen.

Weiterhin werden die ernstesten Bedenken gegen die recht schematische Regelung der Arbeitszeit, wie sie die Arbeitgeber sehen, geäußert und verlangt, daß, wenn schon die Dauer der Arbeitszeit festgelegt wird, auch der Arbeitnehmer, bei dem in der Regel bei längerer Arbeit Vorsatz vorliegt, den gleichen Strafbestimmungen unterworfen wird.

Auf diese Tonart ist die ganze Eingabe, die am liebsten alle Arbeitnehmer als Schwarzarbeiter stempeln möchte, eingestellt. Zum Schluß befürwortet der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland die Aufnahme der auch vom Reichsverband des deutschen Handwerks beantragten Vorschriften in den Gesetzesentwurf.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Herren vom Präsidium des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschlands eine eigene Auffassung über Arbeitsschutzrecht haben. Unter Arbeitsschutzrecht versteht man die öffentlich-rechtlichen Normen über die Verpflichtungen der Arbeitgeber, welche die aus dem Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmern drohenden Gefahren abzumachen oder beseitigen sollen. Also auch die Regelung der Arbeitszeit fällt unter das Arbeitsschutzrecht. Die Mehrarbeit im Betriebe geht doch immer von der Verantwortung durch den Arbeitgeber aus. Das Arbeitsschutzgesetz stellt also einen Schutz der Arbeitnehmer dar, und das sei hier besonders vermerkt, bei der geäußerten Ansicht der Arbeitgeber auch dringend erforderlich ist.

Daß die Gewerkschaften die Schwarzarbeit, um auch auf dieses Thema einzugehen, mindestens in demselben starken Maße ablehnen, wie die Arbeitgeber, dürfte diesen Herren selbst bekannt sein. Andererseits ist es aber auch menschlich verständlich, wenn besonders junge Menschen, die nach kaum beendeter Lehrzeit sich ohne Arbeitsmöglichkeit sehen, Schwarzarbeit annehmen. Aber auch in diesen Fällen fällt die Schuld wieder auf die Arbeitgeber zurück, die durch ihre übertriebene Beherrschung immer wieder neue Annäherer dem überfüllten Berufsstand zuführen. Dem „Journal“ dürften diese Kreise nicht unbekannt sein. Es geht eben nicht, nur Lehrlinge auszubilden, und sie nachher als Gehilfen ihrem Schicksal zu überlassen. Auch diese Menschen müssen leben. Wenn sie ohne Arbeit sind und einen sich bietenden „Nebenverdienst“ nicht ausschlagen, ist das zu verstehen. Verurteilt muß der werden, der an ihrer Lage schuld ist.

Es liegt uns fern, die Schwarzarbeit in Schutz zu nehmen, oder ihr Tun zu beschönigen. Wer sagen möchte, wir den Herren vom Wirtschaftsverband Mitteldeutschland, daß sich nur in den seltensten Fällen organisierte Arbeiter für Schwarzarbeit hergeben. Trotzdem die Gewerkschaften, wie schon gesagt, die Schwarzarbeit ablehnen, läßt sie sich wohl kaum jemals ausrotten. Schon unter den zwölf Jüngern war ein Judas. P. Sch.

Lehrling oder angelernter Arbeiter?

Bei der Stellungnahme des Sozialpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zum Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, über den wir in Nummer 6 vom 15. März 1930 der „Graphischen Stimmen“ ausführlich berichteten, wurde die Forderung erhoben, den „Begriff Lehrling“ klar und fest zu umgrenzen.

Der Arbeitsausschuß für Berufsausbildung hat nunmehr beim Reichsrat den Antrag eingebracht, eine möglichst genaue Festlegung des Begriffs der Berufsausbildung für den Lehrling vorzunehmen, wofür folgende Gründe angeführt worden sind.

1. Die Erfahrungen der Praxis haben gezeigt, daß Vorschriften und Einrichtungen, die für eine mehrjährige Lehrzeit des zukünftigen Facharbeiters ausgearbeitet

wurden und sich in einem Gewerbebranche einheitlich bewährt haben, nicht ohne weiteres auf die in dem gleichen Gewerbe in steigendem Maße notwendig werdenden anzulernenden Arbeiter übertragen werden können. Die Verschiedenartigkeit der mechanischen Hilfsmittel und des Arbeitsverfahren in den einzelnen Betrieben des gleichen Gewerbes stellt an die angehenden Arbeitsträger verschiedene gezielte Anforderungen, so daß die Unterwerfung jeweils den örtlichen Verhältnissen des einzelnen Betriebes angepaßt werden müssen.

2. Neben diesen arbeitstechnischen und berufspraktischen Gesichtspunkten hat sich aus allgemeineren, mit der Einstellungstechnik und den Arbeitsvertragsverhältnissen zusammenhängenden Gesichtspunkten eine strenge Unterscheidung des Lehrlings vom dem anzulernenden und ungelerten Arbeiter als erforderlich erwiesen.

3. Mit der ständig zunehmenden Verwendung mechanischer Hilfsmittel in allen gewerblichen Betrieben greift die Beschäftigung anzulernender oder ungelertener Jugendlichen auch in kleinere und handwerkliche Betriebe über, die in früherer Zeit Jugendliche fast nur oder doch zum größten Teil im Lehrverhältnis beschäftigt haben. Ähnliches bringt die Mechanisierung der Büroarbeiten in kaufmännischen Betrieben mit sich. Zur Vermeidung von Meinungs-

verschiedenheiten und Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und jugendlichen Arbeitnehmern (ober deren gesetzlichen Vertretern) und zur Vermeidung von unfruchtbar und zeitraubenden Erörterungen in den paritätischen Ausschüssen, die geeignet sein dürften, die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in diesen Ausschüssen in Frage zu stellen, erscheint es dringend erwünscht, den Begriff des Lehrverhältnisses im Gesetz so scharf wie möglich zu umgrenzen.

Es ist auch unser Wunsch, daß der Begriff „Lehrling“ und gleichzeitig auch die Begriffe „angelernter“ oder „ungelernter“ Arbeiter klargestellt werden. Hierzu trägt wesentlich bei, wenn beim Lehrling ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen wird. Darum sollte in das Berufsausbildungsgesetz der Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages als zwingende Vorbedingung aufgenommen werden. Es muß des weiteren verboten werden, daß Lehrlinge dauernd mit Arbeiten beschäftigt werden, die sonst von angehenden oder ungelerten Arbeitern verrichtet werden. Der Lehrling soll mit allen einschlägigen Arbeiten seines zu erlernenden Berufs vertraut gemacht werden, um nach beendeter Lehrzeit durch seine allgemeine Berufserfahrung gegenüber den meist auf eine Spezialarbeit eingearbeiteten angehenden oder ungelerten Arbeitern als wirklicher Gehilfe und Fachmann seines Berufes vorwärtszukommen. Schf.

Konferenz des Bezirkes Niederrhein

Die alljährlichen Bezirkskonferenzen wollen verschiedenen Zwecken dienen. In erster Linie gilt es, über das vergangene Jahr Rechenschaft abzulegen; Klarheit zu schaffen, ob gut oder nicht gut gearbeitet wurde. Für die kommende Zeit sollen Ziel und Aufgaben herausgestellt, die Wege zum Ziel erneut aufgezeigt werden. Das Zusammentreffen der Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Ortsgruppen ermöglicht Austausch von Erfahrungen, bringt persönliches Kennen- und Verstehenlernen. Die werbende Kraft einer solchen Konferenz der Öffentlichkeit gegenüber darf ebenfalls nicht zu gering eingeschätzt werden.

Mit der Wahl des diesjährigen Tagungsortes hatte der Bezirk Niederrhein eine glückliche Hand. Cleve bietet nicht nur eine Fülle landschaftlicher Schönheit; es beherbergt auch eine wohl kleine, aber sehr rührige Ortsgruppe unferes Verbandes. Die Vorbereitung einer Konferenz erfordert immer umfangreiche Arbeit. Die kleine Ortsgruppe, unter der Vorsitzenden, Kollegin Nellie Claassen, hatte diese nicht leichte Arbeit mühergütig erledigt. Es darf vorweg gesagt werden, daß der freundschaftliche Empfang, der ganze Verlauf der Tagung und die echte Kollegialität der dortigen Mitglieder der Konferenz bestes Andenken sichern.

Blühend eröffnete der Bezirksleiter Kollege Schmitz die Tagung im „Hof von Holland“. Sämtliche Ortsgruppen des Bezirkes waren durch Delegierte vertreten. Für den Zentralvorstand nahm Kollege Kumer teil. Vom Arbeitsamt Cleve war der Vorsitzende, Herr Regierungsrat Schneider, von der Konjunkturoffenschaft Herr Wiesemeier. Das Ortsstellvertreteramt die Kollegen Kalf und Fischer, die zugleich die Arbeitsgemeinschaft verkörperten. Eine ganz besondere Note erhielt die Konferenz durch die Anwesenheit des Vorsitzenden der Gruppe Rymwegen (Holland), vom niederländischen römisch-katholischen graphischen Bund, Kollegen Leyn.

In kurzen martanen Sätzen wies Kollege Leyn auf die enge Verbundenheit der beiden Verbände hin, die auch über Landesgrenzen hinweg für die Ideale der christlichen Arbeiterbewegung gemeinsame Arbeit leisten will und schon geleistet hat.

Im Bericht über das abgelaufene Jahr gab hierauf Kollege Schmitz einen Rückblick über die allgemeine Lage. 1929 war ein schlechtes Jahr. Alle Berufe hatten unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden. Wirtschaftspolitische Zweckspektivismus suchte die Lage nach Möglichkeit schwarz zu malen und die Gelegenheit für Abbaumaßnahmen der sozialen Gesetze auszunutzen.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung wurde vielfach in einer Weise geführt, daß man von Vergiftung der öffentlichen Meinung reden muß. Beispiele aus der Fachpresse bewiesen, daß auch in unserem Arbeitgeberlag Sozialreformer auf Wort kommen.

Trotz dieser schwierigen Voraussetzungen konnte der Mitgliederstand im Bezirk weiter gesteigert werden. Die Einführung der Anerkennungsmarken brachte eine Bereinigung der Mitgliederlisten, so daß der zahlenmäßige Fortschritt befriedigend ist. Trotzdem muß in noch verstärktem Maße an die Werbe- und Aufklärungsarbeit herangetreten werden.

Die tarifliche Lage im Bezirk erfuhr keine großen Veränderungen. Außer den bekannten Reichstarifen wurde auch der Bezirkstarif für Steindruckerei-Hilfspersonal mit unwesentlichen Änderungen verlängert.

Die Betriebsrätewahlen brachten einen vollen Erfolg. Das zahlenmäßige Ergebnis wurde schon an anderer Stelle veröffentlicht.

Aus dem ganzen Bericht ergab sich, daß umfangreiche Arbeit geleistet wurde. Sie wurde erledigt in echt kollegialer Zusammenarbeit Aller. Die anschließenden

Berichte der einzelnen Ortsgruppen unterfrischen und ergänzen das Gesagte wesentlich. Mehrfach wurde das gute Zusammenarbeiten mit dem Gutenberg-Bund und den Arbeitsgemeinschaftsverbänden hervorgehoben. In der Aussprache gab Kollege Kumer Auskunft über einige tarifliche Fragen.

Kollege Fischer vom christlichen Lederarbeiterverband betonte noch einmal die starke Aktivität unserer Bewegung und hob den Wert der Konferenz hierfür und für die Belebung unserer Arbeitsgemeinschaft hervor.

Anschließend sprach Kollege Kumer, Köln, über „Die Grundlagen der christlichen Gewerkschaftsbewegung und unsere nächstliegenden Zukunftsaufgaben“. Er schilderte das Werden und Entstehen der Gewerkschaften und führte in zwingenden Worten den Beweis für die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Die Wesensunterschiede der Gewerkschaftsrichtungen, der tiefe, sittliche Wert unserer christlichen Gemeinschaftsidee formten unser Wollen und Ziel.

Unsere Aufgabe muß sein, eine Welt zu überzeugen und zu durchdringen mit der Kraft unserer Grundgedanken. Wie das im einzelnen geschehen kann, welche Rolle dem einzelnen Mitglied zufällt, wurde deutlich gesagt. Mit besonderer Liebe behandelte Redner die Frage der Jugendarbeit, die Möglichkeiten der Arbeitsgemeinschaft. Besonders mit dem Gutenberg-Bund soll ein noch innigeres Zusammenarbeiten überall angestrebt werden. Die christliche Gemeinschaftsidee, das heiße Wollen, der Gesamtheit zu dienen, muß alle befeelen und die Arbeit im Bezirk befruchten. Die Ausführungen fanden regstes Interesse der Teilnehmer.

Nach kurzer Mittagspause gab Kollege Kupper den Kassenbericht. Anschließend folgte die Beratung der Anträge. Sie betrafen zum großen Teil die engere Gemeinschaft mit dem Gutenberg-Bund. Die Beiträge wurden auf neuer Basis geregelt. Es sind künftig pro verkaufte Beitragsmarke 4 Pf., für jede Lehrzeit- und Anerkennungsmarke 1 Pf. im Vierteljahr zu entrichten. Die nächste Konferenz soll im Frühjahr als reine Arbeitstagung in Krefeld stattfinden.

In der Mittagspause hatten die Jugendführer kurz getagt, und für den Herbst ein gemeinsames Bezirksjugendtreffen festgelegt.

Mit herzlichen Dankesworten für die eifrige Mitarbeit schloß Kollege Schmitz die Tagung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Graphischen Zentralverband und die christlichen Gewerkschaften.

Der Abend vereinte die Teilnehmer mit den Mitgliedern von Cleve und zahlreichen Kollegen der Bruderverbände im Festsaal des Hotels Robbers zu einer stimmungsvollen, gemühtlichen Feyer. Gute Musik, gediegene Vorträge verschiedener Mitglieder, Gesangsvorträge zweier Kolleginnen von Düsseldorf fanden allgemeinen Beifall. Kollegin Nellie Claassen erhielt ein kleines Geschenk überreicht. Kollege Schmitz sprach dabei herzliche Glückwünsche zum Namenstag und zugleich Dank und Anerkennung für die vorbildliche Arbeit und das so schöne Gelingen der Konferenz aus.

Der nächste Tag trug internationalen Charakter. Die holländischen Kollegen hielten die Teilnehmer an der Grenze ab und führten sie auf herrlichen Waldwegen in das schöne Rymwegen. Im Gewerkschaftshaus Unika war eine kurze Begrüßung, die mit den Nationalhymnen eröffnet wurde. Kollege Leyn vom niederländisch-römisch-kath. graph. Bund gab seiner Freude über den Besuch Ausdruck, betonte die Pflicht gemeinsamer Arbeit der christlichen Internationale im Kampf um unsere christlichen Ideale. Was Grenzen trennt, soll Freundschaft bezaubern. Kollege Schmitz dankte in der Erwiderung für die schon